



Vorlage Nr. 23-O-26-0049

Tagesordnungspunkt 9

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Mainz-Kostheim am 13. September 2023

Konsequenzen aus dem Störfall bei Essity am Montag, 14. August 2023 (AUF)

Antrag der AUF-Fraktion:

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Ortsbeirat Mainz-Kostheim fordert die zuständigen Stellen auf bei zukünftigen Gefahrenlagen

- sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger umfassend gewarnt werden und man sich nicht allein auf Warn-Apps verlässt. Hierzu zählt der Einsatz von städtischen Sirenen, wie an den bundesweiten Warntagen erprobt.
- die Bevölkerung während und nach der Gefahrensituation auf offiziellen Kanälen, niederschwellig und umfassend über die Gefahrenlage zu informieren und so Panik und Gerüchte zu vermeiden
- zukünftig bessere Information
 - über Entwarnung und
 - darüber zu verbreiten, ob von ausgetretenen Stoffen eine mittel- oder langfristige Umweltgefährdung ausgeht.

Der Ortsbeirat bittet um die Vorlage eines entsprechenden Warnkonzepts.

Begründung:

Am 14. August 2023 wurde um 21.30 Uhr in Kostheim eine Warnung ausgelöst; die Gefahr wurde als „extrem“ eingestuft. Bürgerinnen und Bürger erhielten folgende Mitteilung: „Es sind gefährliche Stoffe freigesetzt worden, diese können zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen.“ Es wurde dazu aufgefordert, Fenster und Türen geschlossen zu halten, nicht vor die Tür zu gehen und das betroffene Gebiet zu meiden. Weitere Informationen gab es nicht.

Dazu stellt der Ortsbeirat Mainz-Kostheim fest:

Diese Warnung erreichte einen großen Teil der Bürgerinnen und Bürger in Mainz-Kostheim nicht. Zum einen lag das daran, dass die Warn-Apps nicht alle Mobiltelefon-Nutzer erreichten, zum anderen aber auch daran, dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die ältere Generation, über

Mobiltelefone verfügen.

Es wurde kein Sirenenalarm ausgelöst, der auf eine gefährliche Situation aufmerksam machte.

Es gab keine Lautsprecherdurchsagen, die zum Beispiel auch schlafende Bürgerinnen und Bürger auf die Gefahr hätten aufmerksam machen können. Das führte dazu, dass viele in Mainz-Kostheim selbst die Initiative ergriffen und von Haus zu Haus gingen, um ihre Nachbarschaft zu warnen und sie aufzufordern, die Fenster zu schließen – nicht wissend, ob und welcher Gefahr sie sich dabei aussetzten.

Außer dem Hinweis auf eine „extreme Gefahrensituation“ gab es keinerlei offizielle und nähere Mitteilungen (zum Beispiel über wiesbaden.de) über die Ursache und die Entwicklung der Situation. Bürgerinnen und Bürger erhielten über Stunden keine offiziellen Informationen und blieben im Ungewissen darüber wie hoch die Gefahr ist und um welche Substanzen es sich handelt.

Dasselbe gilt für die Entwarnung, die ebenfalls nicht jeden in Mainz-Kostheim erreichte.

Darüber hinaus gab es keine Information darüber, ob und welche Konsequenzen der Gefahrstoffaustritt möglicherweise langfristig hat, zum Beispiel zur Frage, ob selbstgezogenes Gemüse noch gegessen werden kann oder ob landwirtschaftliche Flächen kontaminiert sind. Auch hier wäre eine offizielle Information von Seiten der Stadt wünschenswert gewesen.

Beschluss Nr. 0127

Der Antrag der AUF-Fraktion wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dez. I z. w. V.

Mück-Raab
stv. Vorsitzende